presse

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Keine Finanzierung von Verfassungsfeinden aus Steuermitteln

***Eva Högl**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende:*

Der Bundesrat hat heute einstimmig eine Gesetzesinitiative aus Niedersachsen beschlossen, die verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen will. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diese Initiative und fordert den Bundesinnenminister auf, auf dieser Grundlage jetzt schnell einen eigenen Entwurf vorzulegen.

„Die vom Bundesrat beschlossene Gesetzesinitiative ist ein guter und ausgewogener Vorschlag zum Ausschluss extremistischer Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem NPD-Urteil vom 17. Januar 2017 den Gesetzgeber auf andere Reaktionsmöglichkeiten unterhalb eines Parteiverbots hingewiesen.

Innerhalb der Koalition besteht große Einigkeit darüber, dass Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, nicht weiter mit staatlichen Mitteln finanziert werden dürfen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir eine Verständigung erzielt und das Bundesministerium des Innern gebeten – in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – einen Vorschlag zur Änderung der Parteienfinanzierung vorzulegen.

Dies sollte jetzt zügig unter Berücksichtigung des Bundesratsentwurfs geschehen.

Wir können nicht weiter zulassen, dass Parteien, die die Werte unserer Verfassung mit Füßen treten, aus Steuergeldern finanziert werden. Wichtig ist daher, dass wir die erforderliche Grundgesetzänderung noch in dieser Legislaturperiode beschließen.“